

6./7. 1917.

109

Ein von sozialistischer Volkswirtschaft ungeduldet
Singer.

vollzog aber die ungeheure Veränderung doch rasch ohne zu große Krisen und Störungen.

Man dankt es der Deutschen Reichsbank, deren Tätigkeit in zentralistischer Weise verstärkt wurde, durch das Zusammenwirken mit unseren großen Aktienkreditanstalten, mit dem genossenschaftlichen Kreditwesen, mit den rasch geschaffenen Darlehenskassen und den improvisierten Kreis- und Ortskreditkassen. Man dankt es der raschen Umbildung unserer großen Industrien, die sich in kürzester Zeit auf die Kriegesbedürfnisse einrichteten. Man dankt es den rasch geschaffenen Zentraleinkaufsgesellschaften mit ihren Abteilungen und Bezirksgesellschaften; man dankt es der Tatsache, daß, wie W. Rathenau sagt, schon im Frieden es im ganzen doch nur 600 große Geschäftskapazitäten waren, in deren Hand das deutsche Geschäftsleben im großen lag.

Man dankt es aber auch der Tatsache, daß wir eine gute und in der Hauptsache einheitlich organisierte und mit großer Sachkenntnis geleitete Arbeiterschaft hatten, die in ihren Gewerkschaften und ihren Parteileitungen sich bewußt den einheitlichen nationalen Notwendigkeiten fügte. Hätten wir nicht 3-8 Millionen fest in Gewerkschaften organisierte Arbeiter gehabt, die jährlich bisher schon fast 30 Millionen Mark ausgaben, ein Vermögen von fast 100 Millionen Mark besaßen (nur England hat eine ähnliche Organisation, alle anderen Staaten stehen weit zurück), so wäre die Arbeiterschaft nicht so national, nicht so politisch klug gewesen, hätten die organisierten Arbeiter ihre Arbeitslosen nicht so großartig unterstützen können. Es wäre auch nicht gelungen, den zersplitterten Arbeitsnachweis rasch so zusammenzufassen und zu steigern: aus einem losen Verbande der Nachweise mit bisher jährlich zwei bis drei Millionen Meldungen wurde durch die Zentralisation in eine Reichszentrale ein solcher von jährlich sieben bis acht Millionen Meldungen. Kein Wunder, daß die erst riesengroße Arbeitslosigkeit nach wenigen Kriegsmontaten schon (gegen Weihnachten 1914) sehr bedeutend abgenommen hatte.

Es kam dazu, daß eine einheitliche Leitung in unserer Rohstoffbeschaffung und -verteilung durch die rasch gebildete Zentraleinkaufsgesellschaft mit ihren Abteilungen und Bezirksgesellschaften Platz griff; sie wurden in wenigen Monaten aus Gebilden von 1 bis 200 solche von einigen tausend Beamten. Auch zahlreiche Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen, zuletzt Handelsmonopole mit Durchführung der staatlichen Verteilung der wichtigsten Lebensmittel, der Rohstoffe, hauptsächlich der Metalle, mit Höchstpreisen und Beschlagnahme, konnten nicht fehlen. Das einkaufende Publikum suchte sich durch eine großartige Konsumentenorganisation gegen die Fehlgänge und Mißbräuche zu schützen, die bei derartigen nicht fehlen können. Die Organisation umfaßte rasch 7-5 Millionen Mitglieder.

Die größte Not des Augenblicks zu beschwören, hatten wir die im ganzen gute deutsche Armeenpflege. Sie hatte in Friedenszeiten schon wohl etwa 1 1/2 Millionen Menschen (zirka 3 Prozent der Bevölkerung) unterstützt; sie sollte jetzt viel mehr leisten. Aber ihre Aufgabe wurde erleichtert durch die Tatsache, daß bald 2 bis 3 Millionen Kriegerfrauen mit der dreifachen Zahl Familienmitglieder Kriegsunterstützung bekamen. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung der Gewerkschaften und Arbeiterversicherungskassen strengte sich aufs äußerste an und leistete viel. Es sind in Deutschland nicht umsonst 15 Millionen Personen gegen Krankheit versichert, während es in Frankreich nur 4-4, in den Vereinigten Staaten nur etwas über 1 Million sind.

Die jetzt zu erwartende staatliche Verpflichtung aller Männer vom siebzehnten bis zum sechzigsten Jahre, die nicht militärisch in Anspruch genommen sind, im Zivildienste sich dem Reiche zur Verfügung zu stellen, ist der stärkste zentralistische Eingriff in die deutsche Volkswirtschaft. Es läßt sich noch nicht ermessen, wie weit von ihm im einzelnen Gebrauch gemacht werden wird. Er ist aber die natürliche Konsequenz der allgemeinen Wehrpflicht.

Fassen wir zusammen, was in der Struktur der deutschen Volkswirtschaft sich 1914 bis 1916 änderte, so sind einerseits gewisse, längst vorhandene Tendenzen auf staatliche Zentralisation (Bank, Eisenbahn, Bergwerke) auf Groß-

betrieb, auf Arbeiterorganisation, auf staatlich-soziale Hilfsorganisationen verstärkt worden; andererseits ist das Geschehen, was für den kriegerischen Kampf, für unsere Verteidigung unbedingt an Zentralisation nötig war. Es mußte rasch in ganz großen Zügen gehandelt werden, ohne daß man in lange Prüfungen der möglichen Nebenfolgen eintreten konnte. Es mußte geschehen, was uns den Sieg versprach. Wurde dieser erreicht, so mußte auch allerlei Ungünstiges, Hartes dabei ertragen werden.

Zuerst werden wir über die Folgen der ungeheuren Veränderung sagen können: neben den unerfreulichen Wirkungen stehen auch erfreuliche.

Wir behaupten uns nicht nur: unser Sieg wird immer wahrscheinlicher. Und nicht bloß das. Der große Krieg, der Kampf um unsere Existenz hat die moralische Atmosphäre des ganzen Volkes gereinigt, hat die besten Instinkte des Volkes belebt und gestärkt. Wir haben das Gefühl, einer großen Reformzeit entgegenzugehen, wie sie auch 1808 bis 1820 in Preußen und Deutschland Folge des großen Kampfes von 1806 bis 1815 war. Und es ist wahrscheinlich, daß mit diesem moralisch-politischen Aufschwung auch nach und nach wieder ein großer volkswirtschaftlicher kommen wird. Natürlich nicht schnell, nicht sofort. Schon jetzt aber haben wir uns darüber zu freuen, daß die Streiks und Aussperrungen in Deutschland, ganz im Gegensatz zu England, fast verschwunden sind: im ersten Kriegsjahre zählten wir in Deutschland nur 37-838 Streiktage, England dagegen 2-9 Millionen, also fast zehnmal so viel. Aber derartige Erfolge hebt natürlich nicht auf, daß uns die Kriegslasten, die ungeheuren Veränderungen zunächst sehr stark bedrücken.

Das Leben ist außerordentlich verteuert. Breite Kreise brauchen die Ersparnisse von Jahren auf; noch weitere sind unterernährt und werden sich nur langsam erholen. Die besten Köpfe und die kräftigsten Arme sind vernichtet. Vieles, mit dem man sich hilft, ist doch nur Notbehelf. Die in den großen Städten eingeführte Massenpeisung möchte ich nicht als ein Ideal der Zukunft betrachten, so heilsam sie im Augenblicke wirkt. Ein Sachkenner sagt von ihr: sie erzuge wohl Massenerparnis, aber auch Massenverschwendung.

Die ganze Vermögens- und Einkommensverteilung ist, wie infolge jedes großen Krieges, ungünstig beeinflusst. Die unteren Klassen, der Mittelstand verarmen, werden herabgedrückt. Auch ein Teil der Wohlhabenden ist stark geschädigt. Ein kleiner Teil derselben, die klügsten und skrupellosesten Geschäftsleute, haben sich übermäßig bereichert, haben große Vermögen erworben. Man erzählt, daß sie unter vier Augen darüber scherzen, wer erst zehn oder bereits vierzig Millionen Mark seit dem Kriegsanfang erworben habe.

Die Größe der Kriegsgewinne hängt auch von den Geschäftsformen ab: die wachsende Zentralisation der Geschäfte, die zunehmende Kartellbildung befördert die großen Gewinne der Leiter. Es war natürlich, daß in der Kriegszeit eine erhebliche Entfaltung und Ausdehnung der Kartelle Platz griff. Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, dessen einseitiger Herrschaft 1904 der preussische Staat durch die Erwerbung eines großen Teiles der Hibernia-Aktien entgegengetreten wollte, ist in jüngster Zeit auf fünf Jahre unter Beitritt der Hibernia und der gesamten großen Kohlenhandelsgesellschaften erneuert worden. Es ist damit das westdeutsche Kohlenriesenmonopol sehr verstärkt und ausgedehnt worden. Der Fiskus hat sich aber das Recht jederzeitigen Austrittes mit vierwöchiger Kündigung und ein Vetorecht gegen alle Preisfahrungen (sofern 30 Prozent der Minderheit auf seiner Seite sind) vorbehalten. Dieses Resultat wird sich von seiner guten Seite zeigen, wenn der Fiskus seine Rechte und seinen Einfluß im Gesamtinteresse von Volk und Staat benützt, von seiner schlechten Seite, wenn er sich von fiskalischen Gewinnabsichten leiten läßt. Als ich im Jahre 1905 auf der Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik über die Kartellfrage zusammen mit Kirdorf Bericht erstattete, habe ich den Segen und die Notwendigkeit der Kartelle voll-

anerkannt, aber für ihre Leitung gefordert, daß in ihr das Staats- neben dem Aktionärinteresse gebührend vertreten sein mußte. Ich fand damals fast nur Widerspruch (zum Beispiel heftigen bei Raumann); heute denken fast alle vernünftigen Politiker so. Man wird von der zunehmenden Kartellbildung wie von der wachsenden Einkommens des Staates in das Wirtschaftsleben sagen müssen: sie können (richtig ausgeführt) ebenso segensvoll wie (falsch angewandt) schädlich sein.

Zunächst war es natürlich, daß die wachsende wirtschaftliche Staatstätigkeit, wie die Zunahme der Zentralisation der Organisationen aller Art, da und dort Bedenken erregte. So erhob der Ausschuß des Deutschen Handelstages am 10. Februar 1916 seine warnende Stimme. Ebenso ließ sich die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin (eine sozialhumanitäre Organisation) vernehmen: es werde viel zu viel organisiert; allein in Berlin seien seit Kriegsausbruch nicht weniger als 276 Kriegerorganisationen entstanden.

Freilich ließen sich auch entgegenge setzte anerkennende Stimmen, hauptsächlich über die Kartelle, hören. Man rühmte ihnen neuerdings nach, sie könnten in ihrer Monopolstellung benützt werden, um die künftig enorm wachsenden Staatslasten zu tragen; je mehr man sie befördere und benütze, desto leichter sei auch die volle Zollunion mit Oesterreich-Ungarn zustande zu bringen.

Wie dem aber auch sei. Richtig bleibt jedenfalls das Wort Jastrows: im Moment des Friedens kann keine Rede davon sein, daß man diesen Riesenapparat sofort auflöse. Es wäre auch wirklich töricht, sofort die Devisenorganisation unserer leitenden Banken zu beseitigen und so den Schutz unserer Valuta aufzuheben. Es wäre falsch, die staatliche Leitung und Verteilung unserer Metallbestände an unseren Hauptindustriestellen fallen zu lassen, ehe wir wieder unseren Auslandshandel so organisiert haben, daß unsere Kupfer-, Zink-, Antimon- usw. Versorgung wieder ganz im Gange ist. Es wäre der Gipfel der Kurzsichtigkeit, wenn wir, um nicht den Schein des Sozialismus zu erregen, die Zentralisation unseres Arbeitsnachweises, die einen großen sozialen Fortschritt darstellt, wieder rückgängig machten. Ebenso wenn wir die Fortschritte in unserer Ausbildung und Zusammenfassung der Großindustrie sowie der Kartellorganisation, die in mannigfaltigster Weise Platz griff, rückgängig machen wollten oder wenn wir gar unsere großen Staatsbahnenkörper wieder in kleine Privataktienhände übergäben, wenn wir die seit Jahrzehnten mit viel Mühe und Geschick erreichte Zentralisation unseres Kreditwesens wieder auflösten.

Aber andererseits werden wir natürlich nach und nach gewisse Ausfuhrverbote und gewisse Monopole wieder aufheben, wie wir die Rationverteilung von Mehl, Kartoffeln, Fleisch und Fett wieder fallen lassen werden, wenn die freie Verteilung durch Groß- und Kleinhandel sich wieder glatt vollzieht.

Kurz, wir werden zwei oder drei Jahre nach dem Friedensschluß doch manches von dem, was in der Kriegszeit an Zentralisation und Staatssozialismus geschaffen wurde, wieder beseitigen, in vielen wichtigen Punkten zu den Einrichtungen von 1910 bis 1914 zurückkommen. Manches aber, was wir 1914 bis 1916 schufen, werden wir erhalten, nicht weil es sozialistisch ist, sondern weil es eine Verbesserung und Vervollkommen unserer finanziellen und volkswirtschaftlichen Institutionen darstellt.

Soviel über die Tatsachen der wahrscheinlichen künftigen Friedensorganisation. Nun noch ein Wort von den Namen und Begriffen, mit denen wir sie zusammenfassen. Es ist ein natürliches Bedürfnis unseres Verstandes, verwandte und ähnliche Erscheinungen des Lebens unter einheitlichen Begriffen zusammenzufassen. Es ist auch nicht falsch, von verwandten und ähnlichen Erscheinungen anzunehmen, sie hätten einheitliche Ursachen. Aber bei diesen Begriffsbildungen besteht stets die Gefahr, daß man voreilig verallgemeinert und aus einigen Beispielen allgemeine Gesetze des Geschehens ableitet. Man kommt dazu um so leichter, wenn man mehr Sinn für Verallgemeinerung, als für Unterscheidung hat. Eine Anzahl halb- oder ganzsozialistischer Politiker, Journalisten und Gelehrten haben nun die Vorgänge der Kriegszeit, teilweise auch die von 1890 bis 1914 zu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß sie in Wahrheit oder scheinbar uns dem Sozialismus näherten und haben daraus ganz allgemeine Folgerungen gezogen.

Es ist oder war halb wahr und halb falsch, wenn wir unsere Reichsbank, unsere Staatsbahnen, unsere Kriegsmonopole, oder gar die allgemeine Wehrpflicht als Staatssozialismus bezeichnen. Wir täuschen die öffentliche Meinung, wenn wir die Kartelle als Brücken zum Sozialismus bezeichnen. Natürlich kann man, wenn man die deutsche und englische Volkswirtschaft vergleicht, einmal sagen, die deutsche habe immer mehr sich staatssozialistischen Tendenzen genähert. Man kann das Schlagwort auch brauchen, wenn man Städte mit Aktienstraßenbahnen, Aktiengasanstalten usw. betrachtet und mit solchen Städten vergleicht, die diese Einrichtungen in städtische Verwaltung übernommen haben. Es ist derartige berechtigt, wenn man sich bewußt ist, damit nur einen abkürzenden Sammelbegriff anzuwenden, der nicht als Oberbegriff zu verwenden ist, um zu beweisen, was man auch alles sonst verstaatlichen und kommunalisieren könne.

Jedenfalls aber sollten alle, die solche Schlagworte gebrauchen, sich stets bewußt bleiben, daß es einen ganz berechtigten und einen ganz falschen Staatssozialismus gibt. Wir dürfen nie vergessen, daß mit steigender Kultur, mit größeren Staaten, mit komplizierteren Gesellschaftsverhältnissen einerseits immer gewisse zentralistische Staats- und Gesellschaftsgebilde notwendig werden, daß sie aber andererseits nur segensreich wirken, wenn daneben die Sphären der gesunden individuellen Freiheit und Selbstverantwortlichkeit gewahrt, ja vermehrt werden, wenn die zentralistischen Tendenzen nicht die lebendige und individuelle Spannkraft und Schaffenslust, die Hoffnungsfröudigkeit lähmen oder verringern. Das freie Spiel der individuellen Kräfte ist von Segen, soweit die Konkurrenz nicht korrumpiert ist, soweit nicht der Schutz der Schwachen, ihre Mißhandlung die staatlichen Eingriffe nötig macht.